

Ressort: Politik

"Alternative für Deutschland" hofft auf Einzug in den Bundestag

Berlin, 15.05.2013, 13:05 Uhr

GDN - Die "Alternative für Deutschland" hofft auf den Einzug in den Bundestag und verschärft den Ton gegenüber der Union und Bundeskanzlerin Angela Merkel. Zugleich kündigte AfD-Chef Bernd Lucke im Interview mit dem "Handelsblatt" (Donnerstagsausgabe) an, auch auf Stimmen vom rechten Rand zu setzen.

"Grundsätzlich ist es gut, wenn jemand uns wählt und nicht die NPD", sagte Lucke, der der "Sprecher" der Partei ist. Lucke sieht im Einbinden rechter Protestwähler eine Funktion der AfD, denn diese seien nicht von vornherein extremistisch. "Ohne uns", so der AfD-Chef, "gäbe es die Gefahr, dass enttäuschte Wähler, die eigentlich gar nicht rechts sind, aus Protest extremistische Parteien wählen". Allerdings setzte sich Lucke von extremistischen Partei-Mitgliedern ab: "Ehemalige Mitglieder von NPD oder DVU lehnen wir generell als Mitglieder ab." Bei Ex-Republikanern würde jeder "Einzelfall" in einem "persönlichen Gespräch" geprüft. Er stellte klar, dass seine Partei für das Existenzrecht Israels eintrete. Lucke verschärfte zugleich den Ton gegenüber der CDU/CSU und Bundeskanzlerin Merkel sowie Finanzminister Wolfgang Schäuble. Wenn die Euro-Rettungspolitik jetzt nicht geändert werde und "keine Umkehr stattfindet", kämen auf Deutschland "noch viel schrecklichere Lasten zu". Merkel betreibe eine "Enteignung der Bürger auf Raten". Vor allem die Mittelschicht und die untere Mittelschicht, die "die mühsam erarbeiteten Euro" ansparen und auch Lebensversicherungen zur Absicherung im Alter abgeschlossen hätten, "werden schon bald die Wohlstands-Zerstörung dieser Regierung spüren". Der Ökonom zweifelt an der ökonomischen Kompetenz Merkels und Schäubles. "Frau Merkels Sinn für ökonomische Zusammenhänge ist äußerst begrenzt", sagte er. Die wirtschaftlichen Fähigkeiten von Finanzminister Wolfgang Schäuble bewertete Lucke auf einer Skala von null bis zehn mit zwei. "Schäuble habe "die ganze Krise vollkommen falsch eingeschätzt" Lucke fordert eine Wende in der Euro-Politik. "Die Schulden dürfen nicht immer weiter vergemeinschaftet werden", sagte er. Die südeuropäischen Länder sollten die Euro-Zone verlassen, zugleich müssten sie entschuldet werden. Deutschland müsste dann seine Hilfen und Bürgschaften für Griechenland und Portugal weitgehend abschreiben. der AfD-Chef benannte die konkreten finanziellen Folgen seiner politischen Forderungen nach einer Insolvenz: "Ich schätze rund 25 bis 30 Milliarden Euro in Griechenland und deutlich weniger in Portugal. Wie viel genau, das hängt von der genauen Ausgestaltung des Schuldenschnitts ab", sagte Lucke.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-13796/alternative-fuer-deutschland-hofft-auf-einzug-in-den-bundestag.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com